Potsdams andere Seiten

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2020 Nr. 7 · 16. Jahrgang

„Volle Solidarität voraus“

Unter dem Motto "Volle Solidarität voraus" demonstrierten am 14. Juni 2020 etwa 200 Aktivisten in Potsdam zu Land und Wasser gegen Rassismus und für die Aufnahme und Solidarität mit Flüchtlingen. Eine der Forderungen lautete die Lager an den Außengrenzen der Europäischen Union sofort zu evakuieren, da die Menschen dort ungeschützt vor dem Coronavirus unter schrecklichen Hygienebedingungen leben.

In der Ankündigung zum Aktionstag hieß es: „Unsere Solidarität gehört den Menschen an den europäischen Außengrenzen, in den Sammelunterkünften, in den Abschiebeknästen und auf der Flucht. Die Lage an den Außengrenzen ist katastrophal - tausende Menschen auf der Flucht müssen in überfüllten Camps unter unmenschlichen Bedingungen leben und haben keine Perspektive auf eine Weiterreise. In Zeiten von Corona ist in den Lagern kein Infektionsschutz möglich. Die EU schaut tatenlos zu, wie Menschen in



würdelosen Zuständen ausharren müssen und in Lebensgefahr geraten!

Wir fordern unter anderem:

- das Land Brandenburg muss ein umfassendes, humanitäres Aufnahmeprogramm für schutzbedürftige Menschen auf der Flucht auflegen und umsetzen!
- Sammelunterkünfte abschaffen! - Sofortige dezentrale Unterbringung aller Geflüchteter!
- Sofortige Evakuierung aller Geflüchteter aus den Elendslagern an den EU-Außengrenzen!

Keine Entschädigung für die Hohenzollern

Unterschriftensammlung in der Volksinitiative der LINKEN im Endspurt



Die Nachfahren des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. aus dem Hause Hohenzollern fordern für sich die Herausgabe von unzähligen Gemälden, Möbelstücken, Skulpturen, Porzellanen und anderen Kunstgegenständen, die im öffentlichen Besitz der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und des Deutschen Historischen Museums sind. Viele Objekte sind von erheblichem Wert und historischer Bedeutung. Außerdem beansprucht das Haus Hohenzollern ein dauerhaftes, unentgeltliches und grundbuchrechtlich zu sicherndes Wohnungsrecht für Familienmitglieder im weltbekannten Potsdamer Schloss Cecilienhof. Alternativ wären sie, wie sie verlautbaren lassen haben, auch mit einem Wohnrecht im Schloss Lindstedt oder in der Villa Liegnitz, beides am Rande des Parkes Sanssouci, zufrieden. Hinzu kommen Forderungen der Hohenzollern nach Entschädigungszahlungen gemäß Ausgleichsgesetz für nach 1945 enteignete Liegenschaften im Land Brandenburg in Höhe von 1,2 Mio. Euro zzgl. Zinsen. Wir halten die Forderungen der Hohenzollern nach Rückgabe von vermeintlichem Eigentum und Entschädigungszahlungen für unberechtigt. Den großen, über Jahrhunderte angehäuften Reichtum der Hohenzollern hat das Volk erwirtschaftet. Der ehemalige Immobilien- und Sachwertebesitz der Hohenzollern war (abgesehen von persönlichen Gebrauchsgegenständen) eigentlich Staatseigentum, das aus Steuern finanziert wurde.

Die aktuellen Forderungen der Hohenzollern müssen von den zuständigen staatlichen Stellen zurückgewiesen werden. Dazu soll der Landtag als politische Vertretung aller Brandenburgerinnen und Brandenburger die Landesregierung in einer Entschließung auffordern.

Die Volksinitiative begann am 8. August 2019 und endet daher am 8. August 2020. Es werden mindestens 20.000 Unterschriften benötigt.

Unter www.keine-hohenzollern-geschenke.de können Unterschriftenlisten für die Volksinitiative heruntergeladen werden. Ausgefüllte Listen nehmen alle Geschäftsstellen und Büros der LINKEN gern entgegen. Selbstverständlich kann auch dort vor Ort unterschrieben werden.

Die Volksinitiative kann nur von Einwohner*innen Brandenburgs unterschrieben werden. Der Bundesverband der LINKEN hat einen Online-Aufruf gestartet, der auch von Nicht-Brandenburger*innen unterschrieben werden kann:

www.dielinke.de/hohenzollern

In dieser Ausgabe

2 LINKS informiert
Sommer im Treffpunkt Freizeit/ Studentenprotest/ Schreibwettbewerb der Senioren

3 LINKS intensiv
Diese LINKE braucht es jetzt/ Mietendeckel wirkt/ AfD ist und bleibt Gefahr für die Demokratie

4 LINKE Kalenderblätter
„Operation Walküre“ gescheitert/ Kalenderblätter Juni

5 LINKS IM RATHAUS
EvB: Der lange Weg zurück zum Tarif/ Wohnungstauschzentrale für Potsdam/ “Montelino“ bleibt im Volkspark/ Havelpromenade wird saniert

6 LINKS DIREKT
Die „Grüne Familie“ in Varianten/ SC Potsdam braucht Geld/Interviewt: Norbert Müller (MdB)/ Öffentlicher Boden in öffentliche Hand/ BER: Kein Steuergeld ohne volle Transparenz

8 DIE LETZTE SEITE
Gründungsdirektorin für MINSK-Museum benannt/ Mikro-Übernahme bei Radio TEDDY/ Sandmann weiter auf „Zeitreise“/ Himmelfahrt erst im September/ Nuthepark eröffnet

Informationen der Redaktion

Die Augustausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am 4. August 2020. Redaktionsschluss ist dann am 24. Juli 2020.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Treffpunkt Freizeit

Kursstart und Sommerferienprogramm



Bogenschießen und mehr im Treffpunkt Freizeit

Nachdem das Außengelände und der Spielplatz des Treffpunkt Freizeit in den letzten Tagen schon wieder „zurückerobert“ wurde, ist das hausinterne Kursprogramm nun ebenfalls wieder gestartet. Neben dem montäglichen Baumklettern und dem Bewegungsparcour für Familien kann hier freitags Bogenschießen geübt werden. Mehr Infos dazu findet man auf [www.grenzgaenger-abenteuersport.de]. Das Café Midi hat seine Außenterrasse derzeit Montag bis Freitag 10-16 Uhr geöffnet.
Grundschulkinder können eine Vormittagsbetreuung im Kids Club besuchen. Die zwei Veranstaltungsjurten bieten Sonnen- und Regenschutz für kleine Seminare, Gruppentreffen oder eine kompakte Familienfeier im Freien.
Das Sommerferienprogramm ist den geltenden Abstandsregeln angepasst. Angebote sind u.a. Roboter bauen, Theater spielen, Trickfilme produzieren, einen Film für ein richtiges Festival drehen, Podcasts aufnehmen, als Steinbildhauer in Aktion treten, in der Schneiderei nähen oder tanzen. Anmeldungen sind ab sofort möglich an [anmeldung@treffpunktfreizeit.de]. Alle Infos zum Sommerferienprogramm gibt es auch auf

[www.treffpunktfreizeit.de]

Studentenprotest vor dem Rechenzentrum

Am 8. JUNI fanden bundesweit Protestkundgebungen vor mehreren Landesparlamenten und Wissenschaftsministerien statt. In Potsdam versammelten sich Vertreter der Brandenburgischen Studierendenvertretung BRANDSTUVE und der GEW Studis vor dem Rechenzentrum gegenüber dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Mit dieser symbolischen Aktion wollte man auf die Notlagen von Studenten aufgrund der Covid-19 Pandemie aufmerksam machen.
"Drei Monate, nachdem Scholz die Bazooka ausgepackt hat, kommt Bildungsministerin Karliczek nun mit einer winzigen Wasserpistole daher", sagt Sabrina Arneth von den GEW Studis Brandenburg. "Studierende sollen sich durch einen Kredit mit hohen Zinsen verschulden. Als einzige rückzahlungsfreie Hilfe bietet Frau Karliczek einen Nothilfefonds an, der nur bei Menschen greift, die weniger als 500 Euro auf dem Konto haben. Diese bekommen dann nur bis zu 500 Euro. Das heißt im Klartext: Wer genug Geld auf dem Konto hat, um Miete und Krankenversicherung zu bezahlen, bekommt keine Hilfe. Davon sind dann aber weder Lebensmittel, noch sonstige Ausgaben gedeckt."
"Der Protest soll den vielen hunderttausenden Studierenden eine Stimme geben, die ihre Jobs verloren haben und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Kurzarbeitergeld haben", so Jonathan Wiegers von der Brandenburgischen Studierendenvertretung. "Seit drei Monaten müssen sie irgendwie über die Runden kommen, leihen sich Geld von Familie und



Freund*innen, um Miete und Essen bezahlen zu können. Viele haben schon ihr Studium abgebrochen, um Anspruch auf Grundsicherung zu bekommen. Wir fordern jetzt die Ministerin Manja Schüle auf, Soforthilfen für Studierende auf Landesebene bereitzustellen, die tatsächlich einem Großteil der notleidenden Studierenden helfen. Natürlich liegt die Verantwortung dafür eigentlich weiterhin beim Bund, allerdings müssen wir leider konstituieren, dass die Bundesbildungsministerin Karliczek kein wirkliches Interesse daran hat, Studierende in Not zu unterstützen.“
Am 20. Juni folgte eine Großdemonstration in Berlin zum gleichen Thema.

Erinnerung: Verlängerung des Schreibwettbewerbs

„Wie die Wende mein Leben verändert hat“

Die Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ des Seniorenbeirates hatte, als Beitrag zum Jubiläum „30 Jahre Deutsche Einheit“ ihren 2. Schreibwettbewerb, diesmal mit dem Thema: „Wie die Wende mein Leben verändert hat“ ausgerufen. Einsendeschluss war der 20. Mai 2020.
Aufgrund der Corona-Krise und der gerade erfolgten Absage der diesjährigen Seniorenwoche wird der Einsendeschluss auf den 6. August 2020 verlängert.
Ihr Text darf maximal zwei Seiten DIN A4 umfassen und muss in Druckschrift (Computer) geschrieben sein, Schriftart Arial, Schriftgröße 12, linksbündig.
Sie können Ihre Geschichte per E-Mail an: seniorenbuero@rathaus.potsdam.de oder per Post an das Büro des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt Potsdam, 14469 Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 79–81, senden.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Schreiben.

Dr. Ortrud Heßke
Leiterin der Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“

Der Berliner Mietendeckel wirkt

Auf den ersten Blick fördert der aktuelle „Wohn-Index 2020“ des Forschungsinstituts F+B keine überraschenden Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt und erst recht keine guten Nachrichten für Mieter*innen zutage: Wenn F+B davon spricht, dass die „Wachstumsdynamik … in der Gesamtschau des deutschen Wohnimmobilienmarktes deutlich an Dynamik gewonnen“ hat, heißt das nichts anderes, als dass der Mietenexplosion weiter geht.

Die Mieten im ganzen Land steigen. Im ganzen Land? Nein! Eine unbeugsame Stadt hört nicht auf, Widerstand gegen Immobilienspekulation und Wuchermieten zu leisten: BERLIN! Und das erfolgreich! „Im Gegensatz zu den anderen Metropolen entspannt sich die Entwicklung der Angebotsmieten in Berlin“ heißt es in der Studie. Die Mieten in Berlin sinken - anders als in anderen deutschen Großstädten. Wer eine Wohnung mietet zahlt 2,4 Prozent weniger Miete als vor einem Jahr und immer noch 1,9 Prozent weniger als im vorigen Quartal.

„Wir gehen davon aus, dass sich hier die ersten Auswirkungen des Mietendeckels zeigen“, sagt F+B-Geschäftsführer Dr. Bernd Leutner und bestätigt damit die Wohnungspolitk des rot-rot-grünen Senats. Kein Wunder, dass sich Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen (DIE LINKE) freut: Der Mietendeckel wirkt.



Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, erklärt in diesem Zusammenhang: „Der Mietendeckel wirkt – und das bereits nach kurzer Zeit. Nach vielen Jahren steigender Mieten, kehrt sich der Trend in Berlin um. Die Marktmacht der Immobilienlobby bekommt erste Risse. Das ist ein gutes Signal. Der Mietendeckel ist gekommen um zu bleiben.

Jetzt gilt es nachzulegen. Berlin zeigt, was möglich ist. Das Ziel ist klar: Der Mietendeckel muss deutschlandweit in allen überhitzten Wohnungsmärkten eingeführt werden. Der Kampf gegen hohe Mieten hat gerade erst begonnen. Wohnen ist ein Menschenrecht, das wir nicht weiter dem Markt überlassen dürfen.

Diese LINKE braucht es jetzt!

Ein außergewöhnliches Frühjahr 2020 liegt hinter uns. Dank niedriger Infektionszahlen normalisiert sich der Alltag spürbar. Die Arbeitsprozesse stabilisieren sich, Kitas nehmen den Regelbetrieb wieder auf und Veranstaltungen und Versammlungen werden wieder häufiger. Der politische Betrieb – die Stadtverordnetenversammlung, der Landtag und der Bundestag stehen nach intensiven Auseinandersetzungen kurz vor der Sommerpause. Aber die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise sind enorm. Die Notlage der schon vor der Pandemie prekär Beschäftigten, der Angestellten im Dienstleistungsbereich, in der Lebensmittelindustrie, in der Veranstaltungs- und Kreativwirtschaft, der Studierenden, der Minijobber*innen, der Menschen mit gesundheitlich Einschränkungen ist weiterhin akut. Sars-Cov-2 hat wie ein Brennglas die Verwerfungen des Kapitalismus aufgezeigt. Die Pandemie hat dabei eine zutiefst soziale Dimension. Infektionen finden dort statt, wo Abstand und Hygiene nicht eingehalten werden können. An Orten, an denen Menschen auf zu engem Raum leben, nicht weil sie es wollen, ihnen bleibt schlicht nichts anderes übrig. Sie infizieren sich in den Schlachthöfen der Fleischindustrie, wo sie wie Sklaven arbeiten, um Hackfleisch zu produzieren, das für 99 Cent das Pfund verkauft wird und die Fleischbarone trotzdem zu Milliardären macht. Akkordarbeit, Werkverträge, Leiharbeit und vom kargen Lohn wird Miete für die Massenunterkunft noch abgezogen. Der Kaiser ist nackt.

Die Gemeinschaft zahlt 9 Milliarden Euro an die Lufthansa und sichert dem Spekulanten Heinz Hermann Thiele seine Gewinne. Der Staat wiederum verzichtet auf jede Einflussnahme und zum Dank sollen knapp 11.000 Stellen gestrichen werden. Dutzende Firmen, die von der steuersubventionierten Kurzarbeit profitieren, zahlen trotzdem fette Boni und Dividenden aus. Der Bund bürgt für 25 Milliarden Euro KfW-Kredite, dank derer die Meyer-Werft weltweit Kreuzfahrtschiffe verkaufen wollte. Nun will niemand diese Schiffe mehr. Die Kredite fallen aus und Meyer fordert Staatshilfe. Aber nicht aus Luxemburg, in dem seit 2015 ihr Unternehmen ansässig ist, sondern aus Berlin. Der Kaiser ist nackt.

Die fatalen Auswirkungen der Politik der großen Koalition werden durch die schiere Menge an Geld überlagert, welches sie gerade mobilisieren. Doch Konsumanreize ersetzen keine nachhaltige Sozialpolitik und erst recht keine Abkehr von neoliberaler Marktlogik. Und beides wäre jetzt so wichtig!

Hinzu kommt, dass der aktuelle Zustand höchst fragil ist. Noch immer können die Infektionszahlen jederzeit wieder ansteigen, noch immer gibt es keinen Impfstoff. Es braucht eine effektive Abstimmung zwischen eigenverantwortlichem Handeln, lokalen Maßnahmen und globalen Initiativen.

Auch wenn sich die Situation in Deutschland weitestgehend beruhigt hat, so ist die Pandemie weltweit noch nicht auf ihrem Höhepunkt angekommen. Und in dieser Phase stellen reaktionäre Kräfte globale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation infrage und streichen ihnen staatliche Mittel.

Das Gegenteil wäre notwendig, um die Pandemie und ihre Folgen in allen Teilen der Welt effektiv zu bekämpfen und privatwirtschaftlichen Einfluss zurück zu drängen.

Gerade jetzt braucht es eine starke LINKE, die klar und radikal formuliert was ist. Es braucht eine LINKE, die sagt, dass es die innere Logik des Kapitalismus ist, welche die verheerenden Auswirkungen der Pandemie erst ermöglicht. Es braucht eine LINKE, die klar benennt, dass die Mehrheit der Menschen einem korrupten Bündnis aus Kapitalinteressen und Politik gegenübersteht. Es braucht eine LINKE, die transformatorische Wege aufzeigt, um das aktuelle Weltwirtschaftssystem und die globale politische Krise zu überwinden und eine nachhaltige, sozialistische Welt skizziert, in der Wirtschaft und Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind.

Diese LINKE braucht es jetzt!

Roland Gehrmann (Foto rechts)
Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam

AfD ist und bleibt Gefahr für die Demokratie



Der Brandenburger Verfassungsschutz hat am 15. Juni 2020 den kompletten Landesverband der Brandenburger AfD als Beobachtungsobjekt im Status eines Verdachtsfalles eingestuft. Die Entscheidung sei das Ergebnis einer langen und intensiven Auswertung gesicherter Erkenntnisse, so der Verfassungsschutz.

Dazu erklärten die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter: „Es ist gut, dass nun endlich auch der Verfassungsschutz feststellt, dass die AfD eine Gefahr für die Demokratie ist. Es muss nun auch dem Letzten klar sein: Diese Partei ist nicht nur mit ihrem mittlerweile inoffiziellen Nazichef Andreas Kalbitz verfassungsfeindlich, sie agiert rechtsradikal und muss bekämpft werden. Die Beobachtung darf aber – anders als in den neunziger Jahren – nicht zu einer Stärkung und zu einem weiteren Aufbau von rechten Strukturen durch den Verfassungsschutz führen. Das war ein wichtiges Ergebnis aus dem Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss.

Die Bekämpfung der extremen Rechten und ihrer Netzwerke bleibt für uns alle eine Aufgabe. Eine wachsame und engagierte Zivilgesellschaft ist der beste Verfassungsschutz.“



Kalenderblätter Juli

1345

Stadtrecht erstmals beurkundet

Markgraf Ludwig von Bayern bestätigt am 18. Juli der Stadt (Potsdam), den Ratsmännern und der Gemeinde alle bisherigen Rechte. Er versichert, die Stadt niemals zu verpfänden und im gleichen Recht wie andere Städte zu schützen. Erstmals ist damit für Potsdam das Stadtrecht (civitas) erwähnt. Potsdam wird in der Urkunde als Postam bezeichnet.

1750

Voltaire herzlich begrüßt

Voltaire trifft in Potsdam ein. Friedrich II. schreibt ihm zur Begrüßung: „Großzügig hat das Schicksal über unsere Leben die Talente ausgeschüttet. Eure Prosa und Eure Verse, hier ist meine Götterspeise. Voltaire ist mein einziger Apollon."

1935

Potsdam wächst

Auf Antrag des Kreisleiters der NSDAP und Oberbürgermeisters der Stadt Potsdam, General Hans Friedrichs, stimmt das Preußische Staatsministerium am 1. Juli der Eingemeindung von Nedlitz, Bornim, Eiche, Bornstedt und des Geltower Zipfels am Wildpark mit Fürsten- und Güterbahnhof nach Potsdam zu (27. 06. 1935 – sie tritt mit dem 01. 07. 1935 in Kraft). Damit wächst die Potsdamer Bevölkerung um 5.684 Einwohner.

1945

Regierung bestätigt

Der Oberste Chef der SMAD, Marschall Shukow, bestätigt am 4. Juli die Regierung für die Provinz Brandenburg. Ihr gehören an: Dr. Karl Steinhoff - Präsident (SPD), Bernhard Bechler - 1. Vizepräsident (KPD), Edwin Hoernle - 2. Vizepräsident (KPD), Fritz Rücker - 3. Vizepräsident (SPD), Dr. Georg Remak - 4. Vizepräsident (LDP). Potsdam wird Sitz der Provinzialverwaltung.

1950

Moissejew-Ensemble im Thälmann-Stadion

Das weltberühmte sowjetische Moissejew-Ensemble tritt am 3. Juli unter stürmischem Beifall im Potsdamer Ernst-Thälmann-Stadion auf. „Es ist schwer, ja, es ist unmöglich, den Eindruck zu schildern, den gestern das Ernst-Thälmann-Stadion beim Auftreten des Staatlichen Volksensembles der Sowjetunion, Moissejew, bot. Über 50.000 Brandenburger bevölkerten das weite Rund des Platzes, und ihre Erwartungen verwandelten sich nach dem ersten Tanz der sowjetischen Künstler in stürmische, immer mehr wachsende Begeisterung. *-RT*

1960

Weltrekord über 1000 Meter

Siegfried Valentin läuft im Stadion Luftschiffhafen die 1.000 m in Weltrekordzeit von 2:16,7 min. Er erzielt damit den ersten Weltrekord eines DDR-Leichtathleten in einer Einzeldisziplin bei den Männern.

1970

Gut gegangen und gesungen

Der Potsdamer Geher Peter Frenkel verbessert am 4. Juli in Erfurt den Weltrekord im 20 km Gehen auf 1:25:50,0 h In Berlin findet gleichzeitig die 4. Werkstattwoche der FDJ-Singeklubs der DDR statt. Die Singegruppe der Pädagogischen Hochschule Potsdam unter Leitung von Kurt Baller nimmt daran teil.

1990

DEFA ade..

Der VEB DEFA-Studio für Spielfilme wird am 1. Juli durch die Treuhand in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt (in DEFA-Studio Babelsberg GmbH (i. Gr.), Eintragung ins Handelsregister am 13.08.1990, HRB 400). Damit endet die Geschichte der DEFA. Das DEFA-Studio für Spielfilme produzierte in seiner Geschichte 706 Spielfilme für das Kino und mehr als 600 Filme für das Fernsehen der DDR. Die Mehrheit der Mitarbeiter wird entlassen. Am gleichen Tag erfolgt die Umwandlung des VEB DEFA-Studio für Dokumentarfilme in: DEFA-Studio für Dokumentarfilme GmbH (i. Gr.). Eintragung ins Handelsregister erst am 04.09.1990.

"Operation Walküre" gescheitert

Ziel des Attentatsversuchs vom 20. Juli 1944 war es, Deutschland vom Nationalsozialismus zu befreien. Es kam aus einer Ecke, die zuvor noch Hitler und seine Ideen unterstützt hatte, aus Teilen des Militärs. Hilfe erhielten sie von Widerständlern aus dem Adel und der Verwaltung. Auch bestanden Kontakte zum Kreisauer Kreis, der sich um Helmuth James Graf von Moltke gebildet hatte. Oberstleutnant Claus Schenk Graf von Stauffenberg war die Person, die das Attentat auf Adolf Hitler ausführen sollte. Ausgerüstet mit einer Bombe begab sich dieser in das "Führerhauptquartier Wolfsschanze" und deponierte die Bombe ganz in der Nähe Hitlers. Die Bombe explodierte zwar, konnte den Führer aber nur wenig verletzen, so dass dieser mit leichten Verletzungen davon kam. Der eigentliche Plan der "Operation Walküre" bestand darin, dass nach dem Tode Hitlers die Wehrmacht innerhalb einer kurzen Zeit die Staatsgewalt ausüben sollte. Man plante eine neue Regierung einzurichten und sich unter dieser zu einem Waffenstillstand bereit zu erklären. Dadurch wollte man dem Ausland zeigen, dass Deutschland alleine in der Lage wäre, sich von Hitler zu befreien. Doch der Plan ging schief. Weder wurde Hitler getötet noch konnten die Widerständler ihren Walküreplan zu Ende bringen und die Anhänger Hitlers rechtzeitig verhaften und festsetzen. Zu Beginn waren sie zwar in der Verwirrung kurz erfolgreich, aber im allgemeinen Durcheinander und aufgrund der Tatsache, dass das gescheiterte Attentat mittlerweile bekannt geworden war, mussten sie letztlich scheitern. Schon am Abend des 20. Juli 1944 war der geplante Staatsreich gegen Adolf Hitler und den NS-Staat gescheitert.
Viele Täter und Mitwisser wurden vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. *–BM*



Gedenktafel in der ehemaligen „Wolfsschanze"

Lyrik zum Nachdenken

"Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie die Juden holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten,
gab es keinen mehr, der protestierte."

Martin Niemöller,
Theologe,
antifaschistischer
Widerstandskämpfer

Kinder- und Jugendcircus Montelino bleibt im Volkspark



Aufgrund der Klagen gegen den Kinder- und Jugendcircus Montelino, gibt es ein klares Bekenntnis von Stadtverordneten der LINKEN und der SPD zum Verbleib im Volkspark.
Der Mitmachzirkus „Montelino“ ist ein in der Potsdamer Bürgerschaft anerkannter und sozial engagierter #Jugendclub. Sein einmaliges Angebot strahlt weit in unsere Landeshauptstadt hinein. Am neuen Standort im Volkspark Potsdam gibt es inklusive Trainingsangebote, Projekte und offene Treffpunktarbeit mit zirkuspädagogischem Schwerpunkt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Die neue Fläche wurde baulich so qualifiziert, dass ein ganzjähriges pädagogisches Angebot gewährleistet und somit 40 Plätze für die dauerhafte Jugendbetreuung zur Verfügung gestellt werden können.
Neben regelmäßigen Kursen und Workshops, wurde ein offenes und ständiges Angebot geschaffen. Der Zirkus garantiert mit seinen 300 Aktiven drei verschiedene Aufführungen an drei Wochenenden im Jahr. Das regelmäßige Training findet an der Grundschule im Bornstedter Feld statt. Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, ab fünf Jahren trainieren hier ihre Fähigkeiten in der Akrobatik, der Jonglage, Balance, Trapez, Einrad, Clownerie, Seillaufen.
Der Mitmachzirkus „Montelino“ ist ein Ort für professionelle sozial-pädagogische und kulturelle Inklusionsarbeit, ein Ort für sozialraumnahe Vernetzung und Begegnung ohne Ausgrenzung. Das sind Werte, die auch wir fraktionsübergreifend unterstützen. Dieses großartige, nachhaltige und beliebte Angebot ist eine Bereicherung für den Stadtteil, die Menschen, die hier leben sowie die gesamte Stadt. Seit 22 Jahren ist der Mitmachzirkus im Volkspark und so soll es auch weiter hin bleiben.
Wir, die Stadtverordneten Sascha Krämer, Uwe Adler, Tina Lange und Leon Troche, werben für mehr Toleranz und Akzeptanz für die Bedarfe des Anderen und gegenseitige Rücksichtnahme. Diese Vielfalt und eine soziale Infrastruktur machen den Stadtteil erst lebendig und lebenswert!

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer

Der lange Weg - zurück in den Tarif

*Nach langem Kampf haben die Stadtverordneten im Mai beschlossen, dass das Potsdamer Klinikum Ernst von Bergmann mit seinen Töchtern in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zurückkehren soll (zum 01.06.2020 diesen Jahres). Damit bestätigten sie auch die Aufgabenstellung des erfolgreichen Bürgerbegehrens, das auch die Potsdamer LINKE erfolgreich unterstützt hatte. Damit ist die berühmte „Kuh allerdings noch nicht vom Eis“. Denn die Umsetzung des Anliegens stellt Stadt und Klinikum vor große Herausforderung und macht deutlich, was im deutschen Gesundheitssystem und insbesondere in der Krankenhausfinanzierung im Argen liegt. Die Geschäftsführung hat gegenüber den Stadtverordneten dargestellt, dass die Bezahlung aller Mitarbeiter*innen nach TVöD zu einem Defizit und damit einem Zuschussbedarf aus der Stadtkasse führt. Demgegenüber stehen hohe, letztlich aber begrenzte, Rücklagen des Konzerns. Und überdies gilt es verschiedene rechtliche Hindernisse zu überwinden. So dürfen für ambulante Leistungen, wie sie z.B. in der Poliklinik erbracht werden, keine öffentlichen Zuschüsse gezahlt werden. Nach Darstellung der Geschäftsführung ist insbesondere die Wirtschaftlichkeit einiger Töchter mit einer Bezahlung nach TVöD gefährdet. Nicht zuletzt deshalb hatte DIE LINKE schon im Kommunalwahlprogramm gefordert, die Töchter schrittweise in den Mutterkonzern zurückzuführen. Dies ist auch Bestandteil des Stadtverordneten-Beschlusses. Aber es braucht ein grundlegend neues Verständnis der Finanzierung von Krankenhäusern. Gegenwärtig werden diese im Grundsatz nach Leistungen bezahlt – in pauschalisierter Form also für die Patient*innen, die sie behandeln. Wenn uns die Corona-Krise eines deutlich vor Augen geführt hat, dann dass Krankenhäuser eher wie Versicherungen zu betrachten sind, die optimal funktionieren muss, wenn sie gebraucht wird. Und ähnlich wie eine Versicherung muss auch ein Krankenhaus als elementarer Bestandteil einer Daseinsvorsorge finanziert werden – unabhängig von gerade im Moment erbrachten Leistungen.*
DIE LINKE streitet deshalb weiter für ein grundsätzliches Umdenken in Bezug auf unser Gesundheitssystem – vor Ort aber ebenso konsequent für die vollständige Umsetzung des Stadtverordneten-Beschlusses vom Mai.

Zustand der Havelpromenade

Die Havelpromenade, vor der neugebauten Havelwelle in Potsdam-West, ist ein beliebter Aufenthaltsort von Potsdamern und Touristen. Menschen halten inne, genießen die Ruhe und die Aussicht. Doch der Zustand der Sitzgelegenheiten ist in einem traurigen und gefährlichen Zustand. Bänke sind kaputt oder fehlen, Schrauben stehen frei und Mülleimer fehlen ganz. Darum habe ich die Verwaltung gefragt, wann sie diesen schlechten Zustand beheben wollen. Die Überarbeitung der Bänke wurde beauftragt und wird bis Ende Juli 2020 durchgeführt, war die Antwort. Es freut mich, dass dieses Bereich als öffentlicher Raum dauerhaft erhalten bleibt und rechtzeitig zum Sommer saniert wird.
Durch die Orientierung der Gestaltung am Bestand zu Zeiten der städtischen Hafennutzung konnte mit der Beibehaltung der vorhandenen Betonblöcke entlang des Weges umfangreiche Sitzmöglichkeiten zur Erholungsnutzung direkt am Wasser gesichert werden. Mit der Überarbeitung der Holzauflagen erfährt dieser Bereich eine aktuelle Aufwertung. Für die Entsorgung des anfallenden Mülls wurde am Zugang Kastanienallee ein Unterflurbehälter mit 650 l Fassungsvermögen installiert. Die Benutzung des Uferfuß- und Radweges ist für die Allgemeinheit auf Dauer gesichert, so die Verwaltung.

Sascha Krämer

Potsdam fördert den Wohnungstausch



Angesichts der Wohnungsnot in Potsdam ist es wichtig, dass bezahlbares Wohnen nach dem Leitbild der Stadt eine Leitlinie für städtisches Handeln ist. Schon mit dem Wohnungspolitischen Konzept von 2015, für das wir lange gekämpft haben, werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Eine solche Möglichkeit ist ein bedarfsgerechter Umgang mit dem Wohnungsbestand durch die Förderung des Wohnungstauschs zwischen denen, die ihre große Wohnung nicht mehr brauchen und denen, die aus ihrer kleinen in eine größere Wohnung wollen. Ein solcher Wohnungstausch entwickelt sich aber nicht im Selbstlauf, sondern er muss organisiert werden. Es hat allerdings immerhin fünf Jahre gedauert, bis die im Wohnungspolitischen Konzept der Stadt angeregte Wohnungstauschzentrale praktische Umsetzung findet. Dazwischen hat sich eine Arbeitsgruppe intensiv mit dem Thema befasst und nach einem positiven Prüfergebnis konkrete Vorschläge erarbeitet. Die Linksfraktion hat sich hartnäckig mit Anträgen und einer Vielzahl von Anfragen um die zeitnahe Realisierung bemüht. Wir haben auch dafür gesorgt, dass schon im Haushalt 2018/2019 die notwendige Finanzierung gesichert worden ist, jeweils mit 150.000 Euro pro Jahr.
Jetzt soll die Tauschzentrale im Juli 2020 endlich an den Start gehen und in einem ersten Schritt Erfahrungen im Umgang mit diesem Thema sammeln. Es wird darauf ankommen, wie es gelingt vorwiegend ältere Menschen durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen dafür zu gewinnen, dass sie ihre große Wohnung aufgeben und mit einem Umzug in eine kleinere Wohnung verbesserte Bedingungen für junge Familien ermöglichen.
Was lange währt, wird hoffentlich gut!

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Junge der originalen „Familie Grün“ in der Kita „Kinderland“

Nachdem die Potsdamer Keramikskulptur „Familie Grün“ des Neu Fahrländer Künstlerehepaares Carola und Joachim Buhlmann als Replik am 10. Mai dieses Jahres an ihren ursprünglichen Standort in die Brandenburger Straße/Ecke Lindenstraße zurückgekehrt ist, ist auf Initiative von Katja Buhlmann der Junge der originalen Skulpturengruppe am 26. Mai 2020 in die Kita „Kinderland“ in Neu Fahrland „aufgenommen“ worden.
„Anlässlich des bevorstehenden Internationalen Kindertages freue ich mich, die Skulptur in Obhut der Kinder und Erzieherinnen der Kita ‚Kinderland‘ geben zu können und verbinde damit den Wunsch an die Kinder, stets gut auf den Jungen aufzupassen“, sagte Dr. Birgit-Katharine Seemann, Fachbereichsleiterin Kultur und Museum, bei der Übergabe.
Für die Übergabe des Jungen der Familie Grün an die Kita gibt noch ein weiteres Jubiläum Anlass: Seit 70 Jahren besteht der Kindergarten in Neu Fahrland. Der Kindergarten wurde am 1. Juni 1950 in der Villa Am Lehnitzsee 2 eröffnet. Seit 13 Jahren ist er ein „Fröbel“ – Kindergarten.



Junge der originalen Familie Grün in der Kita „Kinderland“. Foto Landeshauptstadt Potsdam/ Bianka Peetz-Mühlstein

Die Kita pflegt eine langjährige Beziehung mit der Künstlerfamilie Buhlmann aus Neu Fahrland.
Als im Mai 1997 der Kindergarten den Namen „Kinderland“ erhielt, überreichte noch im selben Jahr Joachim Buhlmann ein Namensschild mit einer großen Sonne in der Mitte. Dieses Bild wurde zum Symbol für das „Kinderland“. Zum Einzug in das neue Kita- Gebäude am Kirchberg 50 wurde vom damaligen Träger, der Gemeinde Neu Fahrland, ein Keramikrelief mit diesem Symbol in Auftrag gegeben. Es war ein Abschiedsgeschenk der Gemeinde, als die Trägerschaft im Zuge der Eingemeindung zur Stadt Potsdam endete. Ein Keramikhahn der Familie Buhlmann war ein Geschenk der Gemeinde zum 60. Jubiläum des Kindergartens.
Die Kinder und das Team des Kindergartens unter Leitung von Carmen Göse freuen sich, trotz der derzeit schwierigen Umstände, den Jungen der „Familie Grün“ von der Künstlerfamilie Buhlmann aufnehmen zu können.

Einheitliche Kita-Elternbeiträge in Potsdam beibehalten

Im Mai hat die Stadtverwaltung bekannt gegeben, dass die Korrektur der „Empfehlung zur Elternbeitragsordnung“ für Kindergartenkinder erst in einem Jahr kommen wird. Dies hat zur Folge, dass es in Potsdam im kommenden Kita-Jahr keine einheitlichen Elternbeiträge mehr geben soll, da die Träger nun jeder selbst eine Elternbeitragsordnung erlassen können und müssen. Hintergrund ist die vom Land erfolgte Vorgabe, dass die höchsten Elternbeiträge nur die maximal umlegbaren Betriebskosten des Trägers enthalten dürfen.
DIE LINKE.Potsdam spricht sich klar gegen stadtweit unterschiedliche Elternbeiträge aus. In einer Stadt mit zu wenigen Kita-Plätzen haben Eltern ohnehin schon heute keine Wahl. Kompromisse in Bezug auf die Wohnortnähe, die Öffnungszeiten oder das pädagogische Konzept sind ohnehin bereits Standard. Ein Landesrecht, das bei gleichen Leistungen voraussichtlich Beitragsunterschiede bis zu 50 Euro oder sogar mehr monatlich erzwingt, ist eine Farce und führt zu Ungleichbehandlungen und weiterer Rechtsunsicherheit. Gleichzeitig wird den Trägern ein erheblicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand aufgezwungen. Hier fällt der Stadt auf die Füße, dass es seit über 20 Jahren keine kommunalen Kitas mehr gibt. Andere Kommunen behalten dadurch ihre Handlungsfähigkeit und sind nicht zu solch drastischen Schritten gezwungen. Gut, dass sich Potsdam auf unsere Initiative hin zumindest auf den Weg gemacht hat, wieder eigene Einrichtungen ans Netz zu bringen.
Wir fordern die Beibehaltung einer einheitlichen Elternbeitragstabelle für ganz Potsdam. Hierfür müssen im kommenden Kita-Jahr die niedrigsten Träger-Betriebskosten angesetzt werden, um Rechtskonformität herzustellen. Die entstehenden Differenzen zu anderen Trägern sind durch die Stadt auszugleichen. Parallel dazu muss die Stadt sich beim Land dafür einsetzen, dass das Land endlich eine klare gesetzliche Regelung für einheitliche Beiträge schafft. Es ist ein Skandal, dass die lange angekündigte Mustersatzung des MBJS, die genau das zumindest provisorisch ermöglicht hätte, noch immer nicht vorliegt! Das Hin- und Hergeschiebe der Verantwortung zu Lasten der Familien muss endlich aufhören!

Erklärtes Ziel der LINKEN bleibt es, zeitnah die vollständige Beitragsfreiheit für Kitakinder umzusetzen. Kitas sind Bildungseinrichtungen und der Zugang zu Bildung muss für alle Menschen kostenfrei sein.

Neues Projekt in der Potsdam Crowd: SC Potsdam for Future

Der SC Potsdam e.V. ist mit über 5.000 Mitgliedern der größte Sportverein im Land Brandenburg. Er nimmt eine zentrale Rolle beim Schaffen von Sportangeboten für die Menschen in der Landeshauptstadt Potsdam ein.

Schwerpunkt des SC Potsdam ist der Breitensport. Diese zugleich größte Sparte zählt 2.050 Aktive, die in knapp 100 Sportgruppen trainieren.
Im Leistungssport hat sich der SC Potsdam vor allem im Frauen-Volleyball, in der Leichtathletik, beim paralympischen Schwimmen und im Bobsport einen Namen gemacht.
Die Volleyballerinnen des Vereins spielen seit 2009 in der 1. Bundesliga und haben sich dort in den vergangenen Jahren stark etabliert.
In der Leichtathletik ist der SC Potsdam regelmäßig mit Athleten bei Europa- und Weltmeisterschaften sowie Olympischen Spielen vertreten.
Das größte Aushängeschild der Bobsport-Abteilung ist zweifelsohne Kevin Kuske, der als Leichtathlet beim SC Potsdam begann und als vierfacher Olympiasieger zu den weltbesten Bobanschiebern gehört.
Der Behindertensport hat eine zentrale Stellung im Verein. Etwa 500 Menschen mit Behinderungen nutzen beim SC Potsdam die Möglichkeit, sich gemeinsam mit anderen regelmäßig körperlich zu betätigen. Neben dem Sport engagiert sich der SC Potsdam auch im sozialen Bereich. Mit seinem Kinderclub „Junior“ und dem Jugendclub „Off Line“ betreibt der Verein zwei in Potsdam etablierte und beliebte Treffpunkte für Kinder und Jugendliche.

Der SC Potsdam, braucht finanzielle Unterstützung, um die Auswirkungen der Corona-Krise einigermaßen glimpflich zu überstehen. Die Folgen sind im gesamten Breiten- und Leistungssportbereich zu spüren. Der Verein hat daher eine Crowdfunding-Aktion gestartet, mit der Einnahmeverluste kompensiert werden sollen. Als Dankeschön für eine Spende gibt es wie immer ein paar nette Gimmicks. Die Bundesligatrikots von Natalie Wilczek und Brittany Abercrombie sind bereits weg, aber es gibt u.a. noch für 10 Euro einen Fanschal, für 35 Euro eine Karte für das Matthias Reim Konzert, für 80 Euro ein Training mit Diskus-Meisterin Kristin Pudenz oder Speerwerfer Bernhard Seifert, und für jemand der etwas tiefer in die Tasche greifen möchte, ein Trainingsspiel gegen die Volleyball-Bundesligamannschaft. Mehr Infos auf
[SC Potsdam for Future].

Kampf gegen Kinderarmut weiter im Mittelpunkt

Im Gespräch: Norbert Müller(MdB/DIE LINKE) kandidiert wieder 2021

Norbert, du hast angekündigt, 2021 erneut für den Bundestag zu kandidieren. Was bewegt dich dazu?
Eines meiner Herzensanliegen in den letzten Jahren war und ist ja der Kampf gegen die Kinderarmut. Da bleibt echt noch eine ganze Menge zu tun. Alles, was die Bundesregierung in den letzten Jahren unter der Überschrift „Reduzierung der Kinderarmut" getan hat, hatte kaum Erfolge. Das verwundert auch gar nicht, weil man Kinderarmut nur bekämpfen kann, wenn man sehr grundsätzlich Reichtum und Armut in den Blick nimmt. In unserer Gesellschaft wird alles in Wert gesetzt und unter Verwertungsaspekten betrachtet. Kita z.B. wird deswegen vorwiegend als ein arbeitsmarktpolitisches Thema betrachtet. Es müsste aber viel mehr aus dem Blickwinkel der Kinder und ihrer Rechte auf Bildung und Spiel betrachtet werden. Ich versuche Themen aus der Perspektive und den Rechten der Kinder zu bearbeiten. Da scheint die Arbeit grade nicht auszugehen und ich fürchte, Corona hat uns in vielem weit zurückgeworfen.

Die letzten sechs Jahre waren geprägt vom Stillstand der schwarz-roten Koalition. Was konnten DIE LINKE und du trotzdem erreichen?
Unsere Anträge und Initiativen werden natürlich immer abgelehnt. Aber es gibt eben auch Fortschritte, die auch auf uns zurückzuführen sind. Das sogenannte „Gute Kita Gesetz" macht Kitas zwar nicht gut, aber ist der Einstieg des Bundes in die Finanzierung von Kitapersonal. Wir wollen ein Bundesqualitätsgesetz mit verbindlichen Standards in allen Ländern. Die Bundesregierung musste sich hier bewegen. Da legen wir jetzt nach. Und Kinderrechtsdebatten haben heute einen ganz anderen Stellenwert als vor einigen Jahren. Gerade in der Corona-Zeit hat sich gezeigt, wie wichtig die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist. Mir macht Mut, dass es inzwischen eine öffentliche Debatte darum gibt, was eigentlich im Interesse von Kindern ist und wer darüber zu befinden hat. Und Kinderarmut geben jetzt selbst Union und FDP vor, bekämpfen zu wollen. Wenn unsere Themen nicht mehr weggedrückt werden können, ist das schon ein ziemlicher Erfolg.



In deinem Wahlkreis treten mit Olaf Scholz und Annalena Baerbock zwei politische Schwergewichte aus dem mitte-links Lager an. Was unterscheidet dich politisch von ihnen und worauf willst du im Wahlkampf setzen?
Olaf Scholz kenne ich persönlich nicht. Zu Beginn der Wahlperiode habe ich ihn in der Regierungsbefragung im Plenum gefragt, wann die Bundesregierung eigentlich endlich an die skandalös niedrigen Grundsicherungssätze für Kinder rangeht. Damals gab es nämlich eine kräftige Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag – nur die 2 Millionen Kinder, die von Hartz IV leben, hatten gar nichts davon. Scholz hat in seiner Antwort deutlich zu verstehen gegeben, dass Armutsbekämpfung für ihn keine Priorität hat. Annalena Baerbock kenne ich schon lange und wir schätzen uns. Wir haben gleichaltrige Kinder und bearbeiten ähnliche Themen im Bundestag. Sie steht aber eben auch für einen Kurs der Grünen, der eher die Annäherung an die Union sucht. Scholz und Baerbock bewerben sich faktisch damit beide um die Vizekanzlerschaft in einer CDU/CSU-geführten Regierung. Wir stehen als LINKE dafür, dass die Union nach 16 Jahren endlich aus der Regierung fliegt, weil der nötige sozialökologische Umbau der Gesellschaft mit denen gar nicht zu machen ist.

Vielen Dank für das Gespräch!

Kein Steuergeld ohne volle Transparenz



Das intransparente Geflecht der Finanzen des zukünftigen Flughafens BER wird immer undurchsichtiger. Die Beteuerungen der Flughafengesellschaft FBB zur Wirtschaftlichkeit des BER sind nun durch neue Recherchen des RBB in Frage gestellt. Dazu erklärt die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag für den BER und Mitglied im entsprechenden Sonderausschuss, MARLEN BLOCK:
„Die Flughafengesellschaft agiert intransparent und beleidigt. Mal schweigt sie völlig, mal wiegelt sie ab und spricht von „Milchmädchenrechnungen" . Aber die Karten gehören offen auf den Tisch gelegt.
Für DIE LINKE ist klar:
1. Ohne volle Transparenz über die Finanzlage des BER darf kein zusätzliches Steuergeld an die FBB fließen.
2. Ohne eingehende Prüfung der Finanzierungskalkulation für den BER darf die Landesregierung dem Geschäftsbericht 2019 der FBB nicht zustimmen.
3. Ohne Klarheit über die Finanzlage des BER und die tatsächliche Entwicklung der Passagierzahlen nach dem Höhepunkt der Corona-Krise sind alle Pläne für einen weiteren Ausbau des BER zum internationalen Drehkreuz auf Eis zu legen."
Marlen Block ergänzt: „Es ist völlig absurd, über den Ausbau eines Flughafens zu fantasieren, der noch nicht einmal eröffnet ist und dessen Wirtschaftlichkeit derart in Frage steht. Ich fordere deshalb die Regierungsfraktionen im Landtag auf, dem Antrag (siehe Anhang) der Linksfraktion und BVB/FW über ein Moratorium für den ‚BER-Masterplan 2040' zuzustimmen. Das sind wir der Bevölkerung mit Blick auf ihre Steuerbeiträge und die Klimaschäden durch den Flugverkehr schuldig."

Öffentlicher Boden gehört in öffentliche Hand

Grund und Boden ist eine unverzichtbare, aber begrenzte Ressource, die durch Spekulation und Preistreiberei zunehmend knapp und immer teurer wird. In Ahrensfelde explodierten die Grundstückpreise zuletzt in nur einem Jahr um 52 Prozent auf sagenhafte 320 Euro/qm. Im Bernauer Ortsteil Schönow ist der Bodenpreis in den letzten 10 Jahren um 400 Prozent gestiegen! Selbst das berlinfernere Rathenow verzeichnet Preissteigerungen um ein Fünftel.
Spekulation und Preistreiberei auf dem Bodenmarkt werden zunehmend zum Problem. Denn ob Kindergärten und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, regionale Lebensmittelversorgung, Schutz- und Erholungsgebiete für Mensch und Natur – all diese Angebote und Aufgaben können durch das Land sowie die Städte, Gemeinden und Landkreise nur dann für alle bezahlbar und zugleich von hoher Qualität erbracht werden, wenn dafür öffentlicher Grund und Boden ausreichend zur Verfügung steht.
Die ins astronomische wachsenden Grundstückspreise offenbaren den akuten Handlungsbedarf, wenn Land und Kommunen insbesondere beim sozialen Wohnungsbau handlungsfähig bleiben sollen. Es ist nicht akzeptabel, wenn in Brandenburg das dickste Portemonnaie darüber entscheidet, wer wo wohnen und leben darf. Für DIE LINKE gehört Boden in öffentliche Hand!
Deshalb brachte die Linksfraktion im Juni einen Antrag in den Brandenburger Landtag ein, der die Landesregierung zur Erarbeitung einer Bodensicherungsstrategie aufforderte. Bis zu deren Beschluss durch den Landtag sollten alle laufenden Grundstücksverkäufe – außer an Kommunen und gemeinnützige Träger – eingefroren werden.
Konkret forderte DIE LINKE im Landtag:
1. Einen Verkaufsstopp für landeseigene Grundstücke.
2. Die Nutzung landeseigener Grundstücke durch Dritte nur noch in Erbbaupacht zu sozialen und ökologischen Bedingungen zuzulassen (mit Ausnahmen für Kommunen und gemeinwohlorientierte Träger).
3. Den systematischen Ankauf von Grund und Boden durch das Land für soziale und ökologische Zwecke.
Für die Regierungskoalition aus SPD, CDU und GRÜNEN ist das alles überflüssig. Sie lehnte die Vorschläge ab. Auch BVB/FREIE WÄHLER und AfD stimmten dagegen. Ein Redner der SPD meinte: „Hier stellen Sie die Systemfrage." Richtig! Denn für uns gehören Grund und Boden nicht auf die Finanzmärkte, sondern in öffentliche Hand. Die ausschließliche Grundstücksvergabe in Erbbaupacht oder die Einrichtung von Bodenfonds, sowie strategische Flächenankäufe, sind jedoch auch Mittel, die in den Kommunen zur Anwendung kommen können – wir müssen sie uns nur einfordern!

Isabelle Vandre, Mitglied des Landtages, Wohnungspolitische Sprecherin, und Fritz Viertel, Referent für Wohnen der Fraktion DIE LINKE

Familienausstellung „Mit dem Sandmann auf Zeitreise“ wieder geöffnet



Die aktuelle Familienausstellung „Mit dem Sandmann auf Zeitreise“, die in enger Zusammenarbeit mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg entstand und mit Unterstützung der Ostdeutschen Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam, der Landeshauptstadt Potsdam, des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Arbeit im Land Brandenburg und weiteren Förderern am 10.11.2019 erfolgreich eröffnet wurde, konnte bis zu der Corona-bedingten Schließung am 12. März 2020 über 20.000 Gäste aus nah und fern begeistern.
Mit den Sommerferien, seit dem 25. Juni 2020, können sich die kleinen und großen Besucher*innen endlich wieder auf Zeitreise durch die fantastische Welt des Sandmännchens begeben. Von einer Raumstation wird in den Weltraum gestartet, in einem geheimnisvollen Märchenwald sind die beliebten Figuren und legendäre Fahrzeuge zu entdecken. Mit eigener Schere und Stiften können Kosmonautenhelme für die Reise oder ein Geschenk für den Sandmann gebastelt werden. Der Geburtstagsraum erscheint im neuen Antlitz.
Dank einer Sonderförderung der Ostdeutschen Sparkassenstiftung zusammen mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam wurde die technische Umrüstung der Ausstellung entsprechend der aktuellen Sicherheitsbestimmungen erst möglich. So bleiben zum Beispiel die Schatzkisten mit den Touch-Monitoren vorerst verschlossen. Zum Anschauen der Sandmann-Filme werden Tablets ausgegeben. In einer vom Rundfunk Berlin-Brandenburg neu produzierten Rahmenhandlung, die im Geburtstagsraum zu sehen ist, reist der Sandmann digital zu den Kindern.
Die aktuellen Hygieneregeln und Sicherheitsbestimmungen werden eingehalten, Oberflächen regelmäßig gereinigt und desinfiziert. Der Einlass erfolgt in 90-minütigen Zeitfenstern für jeweils maximal 25 Personen pro Durchgang. Eine Anmeldung wird empfohlen.
Seit dem 1. Juli gelten für die ständige Ausstellung „Traumfabrik. 100 Jahre Film in Babelsberg“ und für die Familienausstellung wieder die regulären Öffnungszeiten von Dienstag bis Sonntag von jeweils 10:00 bis 18:00 Uhr.
Anmeldung „Sandmännchen“ unter ticket@filmmuseum-potsdam.de, Tel.: 0331-2718112:

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

„Mikro-Übernahme“ bei Radio TEDDY



Lea, eine der derzeit angesagtesten Singersongwriterinen Deutschlands, steht auch bei Radio TEDDY ganz oben auf der Playlist. Ihr gerade erschienenes drittes Album „Treppenhaus“ ist gleich auf Platz 5 der deutschen Album-Charts eingestiegen. Am 8. Juni 2020 hatte sie sich auf das Abenteuer „Morgenshow“ eingelassen - Hörer wecken, „Zähne putzen“, frühstücken, Wetter ansagen und sich Löcher in den Bauch fragen lassen.
Bekannt u.a. durch das Lied "Leiser", schlägt sie ansonsten auch selten laute Töne an, verriet sie den jungen Zuhörern. Sie ist leidenschaftliche Bergwanderin und Joggerin, steht auf total bequeme Pullis und ihr Lieblingsessen ist tatsächlich Broccoli. Aus ihrem Berufswunsch ist nichts geworden - sie wollte Königin werden. Ganz loslassen, konnte sie aber nicht von ihrem Traum. Heute ist sie Musikstar und reist mit pinkfarbener Zahnbürste mit Prinzessinnen-Motiv umher.
Die Kollegen Tobi und Cristina meinen: „Sie ist wohl der freundlichste Morgenmensch, den man sich wünschen kann.“
Foto: Radio TEDDY

Nuthepark eröffnet

Am Potsdamer Hauptbahnhof gleich neben der ILB wurde am 8. Juni der Nuthepark zur Nutzung freigegeben. Nachdem das Gelände zwei Jahre nach Überresten aus dem zweiten Weltkrieg abgesucht wurde, begannen im April letzten Jahres die Arbeiten zur Herstellung der neuen insgesamt 35.000 qm großen Grünfläche.
Der Park beinhaltet einen etwa 2.300 qm großen barrierefreien Spielbereich mit Angeboten für Kleinkinder, aber auch einen „Seilzirkus“ als multifunktionales Gerät für alle Altersgruppen. Für Jugendliche und Erwachsene werden drei sogenannte „Outdoor-Fitnessgeräte“ und eine Boule-Fläche angeboten. Der westliche Teil der Fläche wird noch als Baustelleneinrichtung für die derzeit laufenden Bauarbeiten am Leipziger Dreieck in Anspruch genommen. Nach Beendigung dieser umfangreichen Baumaßnahme wird dieses Teilstück dann entsprechend der Planung ebenfalls fertig gestellt.
Die Gesamtkosten für die Garten- und Landschaftsbauarbeiten belaufen sich einschließlich der nachfolgenden Entwicklungspflege der Grünflächen auf etwa 850.000 Euro.

Gründungsdirektorin des MINSK-Museums benannt

Das ehemalige Terrassenrestaurant Minsk wird gegenwärtig zu einem Museum für DDR-Kunst umgebaut. Während die Arbeiten noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden, hat die Hasso Plattner Foundation heute mitgeteilt, wer die Führung des neuen Ausstellungshauses übernehmen wird. Paola Malavassi wird die Gründungsdirektorin und ihr Amt im August antreten.



Paola Malavassi
Foto: Felix Hauke

„Das Terrassenrestaurant ‚MINSK‘ war früher ein beliebter Ort der Begegnung und des Gedankenaustausches – und genau das soll es auch wieder werden. Zugleich sollte es ein Ort sein, an dem die Geschichte der DDR-Kunst verhandelt wird, auch die der Unterdrückung und Zensur. Außerdem soll es um die drängenden Fragen der Gegenwart gehen und ihren Ausdruck in der zeitgenössischen Kunst“, erläutert Paola Malavassi ihre Vision für das Museum. „Die Möglichkeit zur Entwicklung und Mitgestaltung der inhaltlichen, strategischen und organisatorischen Ausrichtung einer neuen Institution ist eine einmalige Gelegenheit.“
Zur Person: Paola Malavassi, Jahrgang 1978, studierte in Heidelberg Kunstgeschichte und Philosophie. Seit 2016 leitet sie die Berliner Dependance der Julia Stoschek Collection. Zuvor, von 2005 bis 2011, war sie im Museum Ludwig in Köln als Assistentin des Direktors Kasper König tätig. Neben ihrer umfangreichen Ausstellungserfahrung qualifiziert Paola Malavassi für die neue Aufgabe auch ihr internationaler und interdisziplinärer Blick auf die zeitgenössische Kunst. Außerdem zeichnet sie sich durch ihre Leidenschaft für das Zusammenwirken von Baudenkmälern und Kunst aus.

"Himmelfahrt zum Herbstbeginn"

In diesem Jahr ist so vieles ins Rutschen gekommen! Dass auch unser traditioneller Himmelfahrtsausflug dazu gehörte, war zwar sehr schade, ist aber sicher eines der kleineren Übel. Denn: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Nachdem nun Busunternehmen und Restaurants wieder Gäste einladen, wird unser geplanter Ausflug in Richtung Oder nachgeholt. Wir fahren unter bewährter Leitung und Begleitung am Montag, dem 21.9.20, durch das Schlaubetal nach Eisenhüttenstadt. Die ursprünglich angemeldeten Interessenten werden alle telefonisch befragt werden, ob sie bei ihrem Wunsch bleiben. Die maximale Teilnehmerzahl können wir heute noch nicht endgültig festlegen. Reisewillige können sich aber dennoch - wie gehabt- unter der Telefonnummer 0331/ 87 29 33 bei uns anmelden. Details zu Abfahrtszeit und evtl. Kosten teilen wir nochmals im Septemberheft der PaS mit.
Bleibt gesund!
R. und H. Drohla